



COMMUNIQUÉ VOM 16. DEZEMBER 2019

Im November berichteten Mitglieder des Vereins «Stop Agglolac» von bewussten Fehlhandlungen und Beeinflussungen seitens VertreterInnen der Stadt Nidau während den Einspracheverhandlungen. Nun folgt die aufsichtsrechtliche Anzeige gegen die Stadt Nidau, welche bisher von zwölf Einsprechenden eingereicht wurde. Der Verein „Stop Agglolac“ sowie die Unterzeichnenden fordern eine erneute Gelegenheit zur Einreichung von schriftlichen Stellungnahmen.

Der Verein «Stop Agglolac» hatte die Stadt Nidau bereits im November bezüglich des inakzeptablen Verhaltens bei den Einspracheverhandlungen gerügt. Der Verein prüfte anschliessend, ob er gemeinsam mit seinen Mitgliedern entsprechende Schritte einleiten will. Bis heute wurden nun durch zwölf Einsprechende, welche zugleich Mitglied des Vereins sind, eine aufsichtsrechtliche Anzeige eingereicht. In der Anzeige fordern die Unterzeichnenden eine erneute Gelegenheit zur Einreichung von schriftlichen Stellungnahmen, da aus ihrer Sicht die Verletzung des rechtlichen Gehörs vorliegt.

Diese Forderung wird unter anderem damit begründet, dass die Protokolle der Einspracheverhandlungen fehlerhaft und unvollständig seien. So seien diese zum grössten Teil vorverfasst gewesen, bevor die Verhandlungen überhaupt begannen und Erklärungen der Verhandlungsteilnehmenden wurden nur teilweise darin aufgenommen. Weiter wurden in der Verhandlung nicht alle Punkte erläutert, welche im Protokoll aufgeführt wurden.

Sehr bedenklich ist zudem, dass trotz ausdrücklichem Nicht-Einverständnis der Einsprechenden in den Protokollen oftmals ausgewiesen wird, dass diese mit den entsprechenden Punkten einverstanden seien. Am Ende der Verhandlungen wurden viele Einsprechende dazu aufgefordert, das falsche und unvollständige Protokoll zu unterzeichnen, was grösstenteils verweigert wurde. Die beanstandeten Mängel in den Protokollen wurden bis heute nicht korrigiert, obwohl dies versprochen wurde.

Diese Punkte zeigen klar auf, dass die Einspracheverhandlungen nicht als Verhandlungen gedacht waren. Vielmehr handelte es sich dabei um eine Gelegenheit für die Gemeinde, ihren Standpunkt darzulegen. Der Verein „Stop Agglolac“ ist sich bewusst, dass bei Einspracheverhandlungen nicht alle Punkte bereinigt werden können - das Protokollieren von angeblicher Zustimmung bei ausdrücklicher Ablehnung der Einsprecher erscheint dem Verein jedoch als bösgläubig. Des Weiteren sieht der Verein „Stop Agglolac“ den Umgang mit den Einsprachen als Verstoss gegen Treu und Glauben - insbesondere gegen das Verbot widersprüchlichen Verhaltens und den Vertrauensschutz. So sind das konsequente Auslassen sowie Nichterwähnen von Einwänden und Stellungnahmen der Einsprechenden im Protokoll als Verletzung des rechtlichen Gehörs zu werten.

Manuel Schüpbach
Co-Präsident & Kampagnenleiter
+41 79 750 64 23

Tobias Egger
Co-Präsident
+41 79 843 36 79

Ludovic Lauber
Vorstandsmitglied
+41 78 694 86 28